



B UNDESVERBAND B ERUFLICHER N ATURSCHUTZ e. V.

BBN • Paul-Kemp-Str.5 • D-53173 Bonn

Paul-Kemp-Str. 5

D-53173 Bonn

Tel. 0228 – 3294 9182

mail@bbn-online.de

www.bbn-online.de

Sparkasse KölnBonn

IBAN: DE26370501980030000301

BIC: COLSDE33XXX

Vereinsregister Bonn, VR 3107

Steuer-Nr. 206/5853/0281

Bonn, 06.03.2025

Betr.: Sicherung unserer natürlichen Ressourcen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der BBN – Bundesverband beruflicher Naturschutz e.V. gratuliert zum Wahlergebnis und wünscht Ihnen viel Erfolg bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen sowie insbesondere bei Ihrer Arbeit in der kommenden Legislaturperiode.

Der BBN steht für Themen, die im Wahlkampf keine herausragende Rolle spielten, aufgrund ihrer Bedeutung für die menschliche Lebensqualität und die Erhaltung der Lebensgrundlagen aber gleichwohl in den Koalitionsvertrag eingehen sollten.

Unabhängig von parteipolitischen Präferenzen sind die Gefährdungen unserer Lebensgrundlagen ernst zu nehmen und zu bekämpfen, es geht dabei insbesondere um die Gefährdung der weltweiten biologischen Vielfalt, massiv gestörte Nährstoffkreisläufe, die drastische Veränderung des Klimas sowie die Verschmutzung der Umwelt mit Chemikalien und Pestiziden.

Zur Bekämpfung des Klimawandels sind aus unserer Sicht die eingeleiteten Schritte zur Förderung der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Reduktion der Treibhausgase unbedingt weiter zu verfolgen. Eine Reaktivierung der Atomenergie ist aus Sicht des BBN nicht zielführend, da verbleibende Umweltrisiken zu hoch und die Entsorgungsfrage bisher nicht gelöst sind sowie neue Abhängigkeiten von Brennstofflieferanten entstünden.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos¹ nennt für die nächsten 10 Jahre als wichtigste globale Risikofaktoren Extremwetterereignisse und die Gefährdung der Biodiversität.

Wir sehen in der aktuellen politischen Lage die Gefahr, dass sich die politische Diskussion auf die drei Themenfelder Migration, Sicherheitspolitik und Wirtschaftswachstum fokussiert und die bereits

¹ https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2025.pdf

BBN Mitgliedsverbände

Arbeitsgemeinschaft der amtlichen Fachreferenten für Naturschutz und Landschaftspflege in Bayern e.V. (**AgN**), Berufsverband der Ökologen Bayerns e.V. (**BVÖB**), Berufsvertretung Deutscher Biologen e.V. (**BDBiol**), Berufsverband Landschaftsökologie Baden-Württemberg e.V. (**BVdL**), Bundesverband Naturwacht e.V. (**BVN**), Hessische Vereinigung für Naturschutz und Landschaftspflege e.V. (**HVNL**), Naturschutzforum Thüringen e.V. (**NFT**), Saarländischer Berufsverband der Landschaftsökologinnen und -ökologen e.V. (**SBdL**), Vereinigung Hessischer Ökologen und Ökologinnen e.V. (**VHÖ**)

erkannten Bedrohungen, die durch die rapide Verschlechterung der menschlichen Umwelt bedingt sind, nicht die entsprechende Aufmerksamkeit finden.

Die oben genannten ökologischen Themen werden vielfach als „nice to have“ verstanden, die erst dann angegangen werden sollten, wenn wir es uns nach einem starken Wirtschaftswachstum „wieder leisten können“. Dabei wird jeder weitere zeitliche Verzug bei der Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise dazu führen, dass die Folgen und auch die entstehenden gesellschaftlichen Kosten immer gravierender werden.

Im Zentrum einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik in der 21. Wahlperiode sollten stehen:

1. Ein klares Bekenntnis zur Nationalen Biodiversitätsstrategie und den Umwelt- und Naturschutzrichtlinien und -gesetzen der EU, wie z.B. Natura 2000-Richtlinien, Wasserrahmenrichtlinie, Nitrat-Richtlinie und Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.
2. Das Bekenntnis, bis September 2026 einen fachlich hochwertigen Nationalen Wiederherstellungsplan entsprechend der EU-Wiederherstellungsverordnung vorzulegen.
3. Ein Bekenntnis zum Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, einschließlich dessen langfristiger Verfestigung.
4. Keine Absenkung der Standards bei Klima- und Naturschutzverwaltungen, sondern Erhaltung bzw. Aufbau finanziell und personell gut ausgestatteter Verwaltungsstrukturen, die in der Lage sind, den immer drängenderen Herausforderungen, auch im Sinne der internationalen und europäischen Vorgaben, denen Deutschland zugestimmt hat, gerecht zu werden.
5. Eine Bildungsinitiative zu Klima-, Umwelt- und Naturschutz auf allen Ebenen.
6. Eine grundsätzliche Reform der gemeinsamen Agrarpolitik unter besonderer Berücksichtigung von Klima- und Naturschutzz Zielen sowie Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Landschaftspflege- und Vertragsnaturschutzprogramme. Prinzip: „Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“. Auf Ordnungsrecht kann dabei jedoch nicht gänzlich verzichtet werden.
7. Eine Entwicklung neuer Wohlstandsmodelle, die neben dem rein ökonomischen Aspekt auch soziale und ökologische Aspekte mit einbeziehen.
8. Überprüfung und Umlenkung aller klima- und umweltschädigenden Subventionen.

Mit bestem Dank im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anliegen und freundlichen Grüßen

Für den BBN-Vorstand

Christof Martin
(Bundesvorsitzender)